

## Die Mauer muß weg

Generation X. in Leipzig

20 000 Ausländer leben heute in Leipzig, aber sie erfahren immer noch eine Sonderbehandlung. Das Rathaus hegt die Migranten wie Orchideen, denn es braucht dringend neue Einwohner. Doch in der Trabanten-Vorstadt Grünau splintern nachts die Fensterscheiben und besonders an Haltestellen ist mit einigen Leipzigern nicht gut Kirschen essen. Die Ausländerbehörde hält stille und schiebt ab. Allmählich regt sich ein Wunsch: Die Mauer muß weg. Auch für die X. Generation.

Da kam eine neue Bundesregierung und wollte die deutsche Erfindung des Ausländers vom Kopf auf die Füße zu stellen. Ich habe die Macht, dachte sie sich. Also ran an die Arbeit. Gleiches Recht für alle, ganz gleich, welchen Blutes. Doch gerade diese arrogante Siegesgewißheit machte es den Gegnern leicht: Schnell war der Volkszorn entfacht, führte zur verlorenen Wahl im Bundesland Hessen im Frühjahr 1999 und ließ prompt die wichtige Mehrheit im Bundesrat zugunsten jener kippen, die an den primitiven Instinkt der Bürger appellierten: Wir Deutsche wehren uns gegen fremde Staatsbürger, denn die haben dann einen Paß mehr als wir!

Dabei beschreibt die Formel *Wir Deutsche* einen Zustand, den das politische Deutschland längst schieblich friedlich überwunden wähnt. Die Formel ist ohne beschreibende Kraft und verfolgt nurmehr das Ziel einer wahllosen Ausgrenzung. Es ist ein Wir, dem die Wirklichkeit der X. Generation nicht entspricht. »Wir Deutsche, das ist die Fiktion einer Gemeinsamkeit zwischen Handarbeitern und Professoren, Schiebern und Idealisten, Dichtern und Kinoregisseuren, die es nicht gibt. Das wahre Wir ist: Wir sind einander nichts. Wir sind Kapitalisten, Proletarier, Geistige, Katholiken ... und in Wahrheit viel mehr über unsere Sonderinteressen und über alle Grenzen weg verflochten als untereinander. Der deutsche Bauer steht dem französischen Bauern näher als dem deutschen Städter, wenn es darauf ankommt, was real ihre Seelen bewegt.« (Robert Musil: Die Nation als Ideal und Wirklichkeit. *Die Neue Rundschau*, Dezember 1921, In: Robert Musil. *Gesammelte Werke. Band 2*. Rowohlt: Reinbek 1978, S. 1070).

In dem Aufsatz über »Die Nation als Ideal und Wirklichkeit« hat Musil 1921 pointiert, was das vereinigte Deutschland noch 1999 zusammenhält. Immer noch unterscheidet etwa die Verbrechen-statistik in deutsche und »Nicht-deutsche« Kriminelle, und versammelt unter letztgenannter Rubrik unterschiedslos Touristen, Grenzgänger, Illegale, Staatenlose, Aussiedler oder Asylbewerber, die dann in den Medien allgemein als »Ausländer« auftauchen. Ein Drogenhändler ohne deutsche Aufenthaltserlaubnis hat jedoch mit einem vietnamesischen Gemüsehändler nicht mehr zu tun als mit einem deutschen Kollegen seiner Branche.

Auch in Leipzig, der Stadt der friedlichen Revolution ist der Kampf gegen das veraltete Verständnis vom ethnisch reinen Volk noch nicht ausgefochten. So entstand zwar gut demokratisch die Idee, sozial benachteiligten Menschen vergünstigte Eintritte in Museen etc. zu gewähren: der Leipzig-Paß. Doch kaum eingeführt, entpuppte sich der Ausweis schon als öffentliches Ärgernis. Der auf dem Paß formulierte Satz *Alle Leipziger Bürger* schloß die Leipziger ausländischer Herkunft aus, denn sie besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft nicht. »Das hat zu einer unbeabsichtigten Diskriminierung geführt«, ärgert sich Stojan Gugutschkow, der seit 1991 Ausländerbeauftragter der Stadt Leipzig ist. Jetzt will er darauf hinwirken, daß der Begriff *Bürger* durch den juristisch einwandfreien

Terminus *Einwohner* ersetzt wird.

Eine andere Geschichte bereitet Gugutschkow noch größere Magenschmerzen: Immer wieder werden Asylbewerber von Straßenbahn-Kontrollleuren aufgegriffen, weil sie schwarzfahren. »Es ist ärgerlich, daß dadurch in den Straßenbahnen ständig der Eindruck entsteht, daß Ausländer schwarz fahren und kriminell sind.« Nun könne man aber von keinem Asylbewerber verlangen, daß er sein monatliches Taschengeld von 80 Mark für ein ebenso teures Montatsticket einsetze. Außer Frage stehe aber auch, daß Asylbewerber Bahn fahren müßten, um zum Arzt oder Rechtsanwalt zu gelangen. Ein Modell, nachdem Asylbewerber wie z.B. wie Studenten in den Genuß verbilligter Fahrscheine kommen können, sei bisher an der finanziellen Unterstützung des Freistaats gescheitert.

Das rassistische Potential, das auch in der Stadt steckt, schlägt sich in wütenden Briefen an den Ausländerbeauftragten nieder, die dieser wie folgt paraphrasiert: Was haben die Ausländer an der Straßenbahnhaltestelle in der Nacht zu suchen? Man könnte sie doch sportlich so rannehmen, damit sie in der Nacht todmüde ins Bett fallen. Der Revolutionsspruch »Wir sind ein Volk« hatte eben auch einen chauvinistischen Beigeschmack. Im Schlepptau der friedfertigen Slogans marschierten bereits im Dezember 1989 Demonstranten, die »Ausländer raus« auf ihre Fahnen schrieben. Wenigstens in einem Punkt ließ sich der vielbeschworene Ossi-Wessi-Gegensatz nicht bemühen: Ausländerhaß gab es hüben wie drüben.

In der Zeitschrift *nah & fern* vom September 1990 faßte Johanne Kehler ihre Zeit als Betreuerin in einem Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter zusammen: »Das Leben der in der DDR arbeitenden ausländischen Frau ist primär durch die Isolation bestimmt.« Alle Vietnamesinnen hätten bei Vertragsbeginn kostenlos Anti-Baby-Pillen bekommen, denn sie sollten gefälligst arbeiten – und nicht Kinder kriegen. »Trotzdem gab es auch viele Schwangerschaftsabbrüche«, so Kehler. Bei vietnamesischen Frauen sei die Schwangerschaft oft sehr spät erkannt worden, und bis die Ausreisepapiere fertig waren, konnten sie in der DDR noch entbinden. »Einige Frauen haben das Kind nach der Entbindung nach Hause gebracht und durften dann ohne Kind hier weiterarbeiten.« Im Januar 1989 soll diese Regelung außer Kraft gesetzt worden. Bemerkenswert an dem Bericht ist sein rührender Aufruf zum Gutmenschentum, der aus heutiger Sicht irgendwie antiquiert wirkt. »Die DDR-Bürger haben Angst vor ihrer Zukunft, obwohl sie die Möglichkeit hatten, selbst zu wählen was sie für eine Zukunft wollen. Den hier arbeitenden ausländischen Mitbürgern gab man dieses Recht nicht. Sie haben Angst um ihre Zukunft und um ihr Leben, das in dieser Zeit oft in Gefahr ist. [...] Es wäre gut, wenn es noch mehr Menschen gäbe, die sich nicht um die eigene Zukunft sorgen. Wir sollten bedenken, daß wir alle auf einer Erde leben und daß auch die Zukunft unserer Nachbarn unsere eigene ist.«

Zehn Jahre später. In der Uni-Mensa steigt das vietnamesische Neujahrsfest. Ausgelassen feiern 100 vietnamesische Gaststättenbesitzer mit Musik, Karaoke und belegten Brötchen. An der Stirnseite des Tisches, wo offensichtlich die großen Restaurant-Paten tafeln, hat gerade Aldo Castillo peruanisch-indianische Folklore auf seiner Panflöte zum Besten gegeben. Auf den 36jährigen Sozialpädagogen trifft der Ausdruck zu, den viele gerne und oft in den Mund nehmen, ohne wirklich Erfahrungen vorweisen zu können. Er ist ein Experte in Ausländerfragen. Erst lebte er zehn Jahre in der alten Bundesrepublik, dann wechselte er nach dem Mauerfall die Fronten und lebt seitdem in Leipzig. Der Sozialarbeiter kennt die ganze Szene der freien sozialen Träger, hat selbst jahrelang im Verein »Felsenblume« gearbeitet. Er ist alles andere als ein verbitterter Typ, aber er mag es nicht wortlos dulden, von Menschen auf der Straße wie ein Tier angestarrt zu werden. Das Problem, das viele Deutsche mit Ausländern haben, hält er für ein Bewußtseinsproblem: die alltägliche Präsenz von Ausländern werde ausgeblendet und nur bei besonderen Gelegenheiten gebetsmühlenartig ins Bewußtsein gerückt. Unter Etiketten wie »Interkulturelle Woche« und »Tag des Ausländers« wür-

den so Versäumnisse des Alltags abgearbeitet. Ritualisierte Veranstaltungen, um über die wirkliche Gleichstellung nicht sprechen zu müssen. So wie viele Weihnachten feiern, anstatt dem Frieden auf Erden das ganze Jahr über auf die Sprünge zu helfen.

Schon im September 1987 warnte der damalige Erfurter Probst und DDR-kritische Theologe Heino Falcke: »Es gibt einen latenten, spürbaren Rassismus auf unseren Straßen, in unseren Gaststätten und an Wohnungstüren im Umgang mit farbigen Menschen.« Nur einen Monat später überfielen 30 Skinheads mit dem Ruf »Juden raus aus deutschen Kirchen« die Zionskirche im damaligen Ost-Berlin. Von Übergriffen direkt nach der Wende berichtet auch Dieter Braun, der 1986 mit einer der ersten in der DDR war, der - in Diensten der evangelischen Kirche - das Amt eines Ausländerbeauftragten bekleidete. »1989 erschienen in unseren Medien die ersten Berichte davon, daß Ausländer zusammengeschlagen wurden. Es hat sicherlich auch früher Übergriffe gegeben. Man war auch sehr überrascht, daß im November 1989 Schilder und Rufe auftauchten ›Ausländer raus‹.«

Die feindliche Haltung gegenüber Ausländern, so das Fazit von Experten, war keinesfalls ein Ergebnis der Wende, sondern schon vorher latent vorhanden. Ein guter Thälmann-Pionier hält Freundschaft zur Sowjetunion, übt Solidarität mit dem Volke Lenins. So lautete ein Grundsatz im Statut der Thälmann-Pioniere in der früheren DDR. Fast alle Schüler zwischen zehn und 14 waren Mitglied der sozialistischen Pionierorganisation – nach dem Prinzip des freiwilligen Zwangs. In dieser jahrzehntelangen verordneten Freundschaft sehen viele die Hauptursache für die starke Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. Aufgrund der völlig verfehlten Ausländerpolitik während des SED-Regimes habe das Wort Solidarität jahrzehntlang einen negativen Touch bekommen.

Bei den Projekttagen der Polizei, die seit einigen Jahren in Leipzig stattfinden, geht es explizit um den polizeilichen Umgang mit Menschen, die nicht die Sprache der Leipziger Polizisten sprechen. Funktionäre aus dem Bereich der klassischen Ausländerarbeit versuchen, mit jungen Polizisten ins Gespräch zu kommen und gängige Vorurteile abzubauen. »Was ist Ihrer Ansicht nach ein Ausländer, der die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt?«, lautete sinngemäß eine der Gretchenfragen. Einer der jungen Beamten brachte den Gegensatz von Gesetz und Auslegung geradezu klassisch auf den Punkt: »Vom Gesetz her ist er Deutscher, aber in der Praxis bleibt er ein Ausländer«. Einmal, erzählt Aldo Castillo, habe sich ihm ein Polizist anvertraut, der eine Ausländerin geheiratet hatte und nun deswegen von seinen eigenen Kollegen schikaniert wurde. Ergeben habe sich der unglückliche Polizist in sein Schicksal gefügt: »Wir Deutschen waren eben nie freundlich, nicht einmal unter Kollegen«.

»Definieren Sie mal Freundlichkeit«, fordert Claudia Geißler-Ploog, Referentin des Bürgermeisters Holger Tschense angriffslustig. Nach vier Wochen währenden Versuchen, einen Gesprächspartner aus dem Umfeld der Ausländerbehörde zu bekommen, ist es endlich so weit. Am Tisch sitzen Geißler-Ploog, Edgar Heinich, Leiter der Abteilung Allgemeine Ordnungs- und Ausländerbehörde und Uwe Janowski, Sachgebietsleiter der gleichen Behörde. Grund für die Verzögerung sei das große Arbeitsspektrum und das sehr komplizierte Ausländerrecht. »Wenn wir Journalisten vier Wochen brauchen, um eine Auskunft zu bekommen, wie lange braucht dann eine Privatperson?« ist eine der ersten Fragen. »Sie waren noch nie bei uns im Haus, da gibt es eine große Tafel, wo alle Ansprechpartner drauf stehen«, meint Edgar Heinich. Eins zu null für die Behörde. Nur: Jeder, der schon einmal das Bürokraten-Spiel mitgemacht hat (»Diese Auskunft bekommen Sie in Zimmer 12«), durchschaut das löchrige Argument.

Hintergrund der offensichtlichen Verunsicherung ist die Angst, lieber gar nichts zu sagen, bevor einer etwas Falsches sagt. Außerdem sitzt den Mitarbeitern der Ausländerbehörde immer noch ein Bestechungs-Skandal im Nacken: Ein Sachbearbeiter hatte 1998 Aufenthaltsgenehmigungen gegen Schmiergeld ausgestellt. Als Konsequenz daraus müssen nun die Abteilungsleiter des Ordnungsamtes alle vier Jahre die Posten wechseln. »Das war mit der Anlaß«, bestätigt Heinich, warum er

und Janowski 1998 die Leitung der Behörde übernommen hätten. Geißler-Ploog hatte schon zuvor telefonisch erklärt, daß nur sie selbst politische Aussagen treffen dürfe, Heinich dagegen nur Fragen zur Statistik beantworten dürfe. »Wir müssen sehr stark trennen in die Behörde, die die Gesetze ausführt und die Stadt Leipzig, die natürlich versucht, die Ausländer, die wir haben, zu integrieren.« Die sich anschließende Nachfrage, ob es sich bei dieser Arbeitsteilung nicht um einen kapitalen Fehler handele, weil bei vielen Ausländern der Eindruck von der Behörde als verlängertem Arm der Polizei entstehe, endet in einer Debatte über Freundlichkeit. Fazit: Das Amt begrenzt die Zuwanderung, wie es der Gesetzgeber mit immer schärferen Gesetzen wünscht, und die Stadt übernimmt die Integration der wenigen Glücklichen. Gut zu wissen.

Der Traum von Karl May ist hier lebendig, hatte Aldo Castillo gesagt und noch etwas Geheimnisvolles hinzugefügt: »Die Leute hier sehnen sich nach der Indianer-Seele.« Was konnte er damit gemeint haben? Der Sinn seiner Worte entschließt sich erst im Blick auf einen unsäglich sentimental Erguß des großen Sachsen-Dichters. In *Weihnacht* ballert Old Shatterhand wie gewohnt auf den gemeinhin bösen Indianer und schmaucht im Anschluß die Friedenspfeife - unter einem Tannenbaum in der Prärie, zusammen mit dem guten Indianer Winnetou. Die strikte Arbeitsteilung in der Kommune nach dem Strickmuster »Hart gegen die einen, herzlich gegen die anderen« erinnert ein wenig an die Marschroute der christlichen Reiseromane Karl Mays. »Wir erfüllen unsere Quote gut und müssen uns keinen Vorwurf machen lassen«, hält Claudia Geißler-Ploog mit der großen Hilfsbereitschaft gegenüber den Kosovo-Flüchtlingen dagegen. 65 Vertriebene hätte Leipzig gemäß der bundesweiten Verteilungsquote aufnehmen müssen, doch die Stadt ließ sogar im Heim Mölkau die dort untergebrachten Asylbewerber enger zusammenrücken, um sogar Platz für 114 Gäste zu machen. »Fahren Sie mal raus nach Mölkau, es hat immer irgendwo einen Gänsehauteffekt, wenn die Flüchtlinge ihre Geschichten erzählen, und wir uns dann nicht schämen müssen, weil wir sagen können, daß wir gute Gastgeber sind.«

Einen Gänsehaut hat manchmal auch Marcel Mulamba, nur mit dem Unterschied, daß er keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung besitzt. Mulamba ist Bürgerkriegsflüchtling und lebt seit fünf Jahren in Leipzig. Der 35jährige steht im Schatten der Mauer, etwas abseits auf dem Pausenhof der Schule, wo er einen Sprachkurs der Leipziger Gesellschaft für Bildung und Arbeit belegt. Sein Deutsch ist fast akzentfrei, seine Zukunftsperspektive trotzdem unsicher. Alle vier Monate muß der Kongolese zu den Behörden kriechen, und um weitere vier Monate Bleiberecht betteln. Ein geduldeter Asylbewerber, der nach fünf Jahren nicht mehr wissen kann, wie es in seiner Heimat aussieht. Dies ist sein erster Sprachkurs - nach fünf Jahren, er hat sich sonst alles selbst beigebracht. Deutsche Freunde, sagt er, habe er zwar auch. Aber die tiefe Enttäuschung, keinen Job haben zu dürfen, steht ihm ins Gesicht geschrieben: »Als ich her kam, habe ich gedacht, alles geht sehr schnell. Daß ich schnell anerkannt werden würde.« Das Zertifikat braucht er, um an der Universität ein Informatik-Studium aufnehmen zu können. Mit 35.

Heide Kretschmer ist die Chefin der Leipziger Gesellschaft für Bildung und Arbeit. Die resolute Lehrerin, nach der Wende wegen ideologischer Vorbelastung von der Pädagogischen Hochschule Leipzigs abgewickelt, führt ein festes Regiment. In zackigem Ton spricht sie von »Jugend- und Rentnerbrigaden«, wenn sie die Altersschichtung der Kursteilnehmer meint. Gemischt-nationale Ehen kennt sie nur aus den Zeiten des Kalten Krieges, und so versteht sie darunter vor allem Ehen zwischen Kasachen, Tartaren, Ukrainern und Russen. Kein Wunder: Seit 1991 kamen in ihrer Schule rund 9000 Migranten, vorrangig Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten in den Genuß eines vom Arbeitsamt finanzierten halbjährigen Deutsch-Sprachkurses. Kretschmer will sie rein sprachlich *überlebensfähig* machen. Asylbewerber hätten erst dann einen Anspruch auf einen Kurs, wenn sie anerkannt seien. Ausnahmen mache sie da nicht. »Es ist eine Frage der Finanzierung«, versach-

licht sie ihre Haltung, die ihr selbst wohl eine Spur zu kühl wirkte. Kurz darauf verstrickt sie sich in einen Widerspruch: in kühlem Pathos schwärmt sie von ihrem persönlichen Gast, einer 72jährigen Dame aus Rußland, die eigentlich keinen Anspruch auf einen Sprachkurs mehr habe. »Sie ist einfach so, daß man ihr eine Chance geben muß.«

Freundlichkeit will gelernt sein. Das zeigt auch das Beispiel des Leipziger US-Konsuls J. Patrick Thrun, der am 24. April in der Wahrener Gnadenkirche einen Vortrag hielt. In seiner »Sicht auf den Osten«, berichtet die *Leipziger Volkszeitung*, empfahl er den Leipzigern die aktive Beteiligung statt blankem Reagieren in DDR-Bürger-Manier. Empörte Gegenrede: Wie er denn als Ausländer dazu komme, den Ostdeutschen sagen zu wollen, was sie zu tun hätten. Spitzen Tones fragte ein Besucher, was man denn gegen die Verödung ganzer Landstriche tun könne, wenn die jungen flexiblen Leute reihenweise in die Städte abwanderten? Die Antwort des US-Diplomaten: »Wir sind ein Einwanderungsland. Unsere Neuankömmlinge gehen dorthin und werden besonders unterstützt«. Die *Leipziger Volkszeitung* dokumentiert die Reaktion: »Gemurmel im Publikum.«

Der afrikanische Löwe am Eingang der Szene-Kneipe Basa Mo ähnelt ein wenig dem Leipziger Löwen. Besitzer Jerry Fulau ist ganz stolz darauf, daß sich der Laden als offener Szenetreff unabhängig von Haut- oder Parteifarbe etabliert hat. Ob die direkte Nachbarschaft des Basa Mo zur Ausländerbehörde reiner Zufall sei? »Die passen schon auf uns auf«, witzelt der Mosambikaner, schließlich befänden sich ja auch noch ein Mexikaner und ein chinesisches Restaurant gleich um die Ecke. Fulau, der unzähligen Leipzigern das Rythmus-Trommeln beigebracht hat, schwärmt in höchsten Tönen von seinen Wochenenden in Berlin, wo die multikulturelle Szene einfach schildernd sei. Offenheit als wichtigster Aspekt einer toleranten Gesellschaft sei nur durch Musik und gute Bands zu erreichen. Die aber fehlten in Leipzig. Wieviele ausländisch-deutsche Partnerschaften im Basa Mo gestiftet wurden? »Die Frage verbietet sich von selbst«, meint Jerry, schließlich sei seine Kneipe nicht anders als andere. »Nur die Interpretation ist anders, weil alle Ausländer zu etwas Besonderem erklärt werden.«

Eine ähnliche Lehre hat die Studentin Agnieszka Przeióra gezogen: Um bei Parties nicht die immergleichen Fragen hören zu müssen, wie das mit dem Autoklau in ihrer polnischen Heimat sei, geht die 24jährige in die Offensive. »Ich erzähle Witze über Deutsche und Russen, die in Polen sehr beliebte Spottobjekte sind.« Ihre Freundin Asia Rurainski, 22, hat zumindest schon einmal mit dem Gedanken gespielt, sich als Italienerin auszugeben. Mit ihrem tiefschwarzen Haar würde sie auch gut als Südfranzösin durchgehen, das Komische dabei ist nur, daß sie als polnische Schlesierin ja sogar einen deutschen Paß besitzt. Bei ihrer Ankunft in Leipzig wollte Asia unbedingt in einem Studentenwohnheim unterkommen. Doch nur in einem Grünauer Wohnheim, das ausschließlich für ausländische Studierende gedacht ist, bekam sie schließlich ein Zimmer. »Als die Nazis bei uns die Fensterscheiben einwarfen, wollte ich weg von da.« Seit Mai wohnt sie in dem frisch sanierten Wohnheimtrakt in der Straße des 18. Oktobers, das jedoch ebenfalls in einem von vier Trakten fein säuberlich ausländische von vorwiegend von Deutschen bewohnten Quartieren trennt.

Wie sind die Gegensätze zu überwinden? Für Maria M. (Name vom Verfasser geändert) war klar, daß sie mit ihrem afrikanischen Freund nur dann eine gemeinsame Zukunft in Deutschland haben kann, wenn sie ihn heiratet. Das tat sie aber nicht in Leipzig, sondern in London, »wo das ganze in zwei Wochen über die Bühne ging.« In Deutschland hätte sich das Paar auf einen langwierigen Papierkrieg einrichten müssen, in dem Marias Freund ein sogenanntes »Ehefähigkeitszeugnis« hätte beibringen müssen. Dies jedoch stellen nur einige europäische und nur wenige andere Staaten aus. Außerdem haben nach der Verschärfung der Zuzugsregeln die Standesbeamten seit 1998 den Auftrag, eine Eheschließung bei Verdacht auf Scheinehe zu versagen. »Die Forderung an uns ist schon, mehr abzulehnen«, berichtet Angela Baenitz, Abteilungsleiterin im Leipziger Standesamt.

Selbst nach einer geglückten Heirat im Ausland ist ein Zusammenleben in Deutschland nicht gesichert, denn das Auge der Ausländerbehörde ist wachsam. War die Ausreise legal, oder handelt es sich bei der binationalen Beziehung womöglich um eine Scheinehe? Das sind so Fragen, die man nicht dem *Goodwill* des zuständigen Sachbearbeiters überlassen sollte.

Würde Stojan Gugutschkow die Heirat als Schleichweg zur unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung empfehlen, käme das einer Kapitulation gleich. Denn Gugutschkow glaubt an den Spielraum der Gesetze. »EU-Bürger brauchen keine Heirat, sie sind legal hier.« Und für alle anderen, die Mosambikaner, Kubaner, Polen und Bulgaren, zu denen er selbst gehört, hofft er »seit vielen Jahren auf eine neue Regelung«. Denn nach dem neu zum 1. Januar 2000 geltenden Optionsmodell werden nur in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch Deutsche und müssen sich im Alter von 18 bis 23 für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden.

Für die Elterngeneration aber, wie den 45jährigen Gugutschkow, heißt es nach wie vor: »Wenn ich die deutsche Staatsbürgerschaft haben will, muß ich meine bulgarische aufgeben.« Da der Gesetzgeber dies nicht allgemein verlangen darf, hofft er persönlich auf ein ausgeweitetes Schlupfloch. Doppelte Staatsbürgerschaft müsse, so steht es im Text, als Ausnahmetatbestand da hingenommen werden, wo durch die Aufgabe der anderen Staatsbürgerschaft wirtschaftliche Nachteile entstünden. »Zufällig habe ich in Bulgarien ein Häuschen, das ist nichts Ungewöhnliches«, sagt Gugutschkow. Und so hofft der politisch engagierte Ausländerbeauftragte, daß er mit vielen Tausend anderen Leipzigern der X. Generation in naher Zukunft »den Oberbürgermeister wählen« kann. Mit Doppelpaß. Formaljuristische Erbsenzählerei – und das alles nur, um dem amorphen Wir anzugehören? »Ich komme darauf, daß ›Nation‹ ein Abstraktum ist. Wir haben nicht einmal die Sprache gemeinsam, denn meine Sprache versteht der Großteil der Nation nicht besser als ich englisch. Ich wirke auch gar nicht auf die Nation. Denn ich werde zwar in Moskau gelesen, aber ganz gewiß nicht in Weidling am Bach, das nur 4 Gehstunden von meinem Schreibtisch entfernt ist.« (Robert Musil: Und Nationalismus. Internationalismus. 1919/20, In: Robert Musil. *Gesammelte Werke*. Band 2. Rowohlt: Reinbek 1978, S. 1348)

#### Literaturhinweise

Robert Musil: Die Nation als Ideal und Wirklichkeit, Die Neue Rundschau, Dezember 1921, In: *Robert Musil. Gesammelte Werke. Band 2*. Rowohlt: Reinbek 1978, S. 1070.

Robert Musil: Und Nationalismus. Internationalismus, 1919/20, In: Robert Musil: *Gesammelte Werke. Band 2*. Rowohlt: Reinbek 1978, S. 1348.